

**SPD**

**150 Jahre**

Sozialdemokratie in Deutschland

**120 Jahre**

Sozialdemokratie in Donaueschingen



**Brüder zur Sonne zur Freiheit**

Die Geschichte der Sozialdemokratie in  
Donaueschingen

von Gerhard Kiefer

# Brüder zur Sonne zur Freiheit

## Die Geschichte der Sozialdemokratie in Donaueschingen

---

### I. Die Entwicklung vor 1918

#### Die Anfänge der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert

Die Anfänge der Arbeiterbewegung reichen weit ins 19. Jahrhundert zurück. Schon seit 1830 hatte sich eine neue Bevölkerungsklasse gebildet, im ganzen deutschen Gebiet und natürlich auch in Baden, besonders in den nordbadischen Industriestädten. Hier lebten die Arbeiter unter schlechten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Nachdem die Revolution von 1848/49 gescheitert war, mit der das Bürgertum größere Freiheit und Unabhängigkeit von den Fürsten hatte erkämpfen wollen (und hier hatten auch schon die Arbeiter mitgekämpft), änderten sich die politischen Verhältnisse im Gebiet des Deutschen Bundes. Die politischen Vorrechte des Adels wurden von Bürgertum mehr und mehr akzeptiert, weil es in seinen wirtschaftlichen Tätigkeiten weitgehend freie Hand erhielt. Diese Freiheit wurde dazu genutzt, immer größere industrielle Anlagen zu errichten, in denen immer mehr Arbeiter beschäftigt waren. Da die industrielle Produktion vor allem dem Handwerk zusetzte, wurde die Zahl der als Handwerker ausgebildeten Arbeiter immer größer. Schneidergesellen, die im Handwerk nicht mehr gebraucht wurden, Schmiede, Bürstenmacher, Sattler, Uhrmacher; sie alle fanden sich in den Fabriken wieder. Und zwar bei Arbeiten, für die man oft gar keine Ausbildung mehr brauchte, weil Maschinen Handbewegungen und Arbeitstempo vorgaben. Wehrte man sich gegen die Art der Arbeit oder den unzureichenden Lohn, so konnte der Fabrikant einen jederzeit entlassen, weil es keinen Schutz vor willkürlichen Entlassungen gab, weil ja genügend andere vor den Fabrikanten standen, die die Arbeit genau so gut und vielleicht sogar billiger machen konnten, und weil der Staat alles daran setzte, dass im wirtschaftlichen Bereich alles „ruhig“ verlief - es hätte ja sonst wieder zu Ereignissen wie bei der Revolution von 1848 kommen können.

Diese Zusammenhänge erkannte auch die unter dem Druck der Ausbeutung und Not immer stär-

ker werdende Arbeiterbewegung. Es gab in ihr zwei grundsätzliche Denkrichtungen. Die einen glaubten, sehr vereinfacht gesagt, man könnte den Staat und die Gesellschaft verbessern, indem man Stück für Stück Rechte erkämpft, Verbesserungen in den Fabriken erreicht oder die Arbeiter an der Produktion beteiligt. Irgendwann, so hoffte man, könnte so ein gesellschaftlicher Ausgleich erreicht und der Staat zu einem „sozialen Staat“ werden. Diese Richtung der Arbeiterbewegung wurde nach ihrem „Vordenker“ Lassalle, dem Gründer des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ von 1863, Lassalleaner genannt.

Die andere Richtung der Arbeiterbewegung glaubte nicht daran, dass im bestehenden System eine Verbesserung des Loses der Arbeiter möglich sein würde. Die einzige Chance, das Elend zu beseitigen, wurde in einer Konfrontation mit dem Bürgertum, im „Klassenkampf“ und in der internationalen Solidarität der Arbeiter gesehen. Diese Richtung hatte sich 1869 in Eisenach zur „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zusammengeschlossen, den „Eisenachern“. Die wichtigsten Repräsentanten dieser Partei waren Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Nach längeren Auseinandersetzungen schlossen sich die beiden Richtungen 1875 in Gotha zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammen, die sich seit 1890 „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ nannte.

#### Die Donaueschinger „Bürstenbinderpartei“

In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich in Donaueschingen ein Lassallscher Arbeiterverein gebildet, dem besonders die Arbeiter der örtlichen Bürstenindustrie zuströmten. Das Bürgertum, das diesen Verein nicht besonders ernst nahm, spottete über die „Bürstenbinderpartei“; ein Name, der von den SPDlern später eher mit Stolz getragen wurde. Über die Größe dieses Vereins ist heute nichts mehr bekannt, da dieser im Verlaufe der Verfolgungen durch das „Sozialistengesetz“ aufgelöst wurde.

## Unter dem Sozialistengesetz

1878 hatte Bismarck zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. zum Anlass genommen, die SPD zu verbieten. Obwohl sie mit den Attentaten nichts zu tun hatte, wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ dazu benutzt, den Parteiapparat zu zerschlagen, die Zeitschriften der SPD zu verbieten und die Propagandisten der Partei auszuweisen. Viele Sozialdemokraten flohen in die Schweiz, wo eine - allerdings auch dort von der Polizei kontrollierte - Weiterarbeit möglich war. Von dort kamen auch viele Zeitungen und Flugblätter ins Reich und es ist wahrscheinlich, dass ein Teil davon (die sog. „Rote Feldpost“) auch über Donaueschingen weitergegeben wurde.

Darauf deutet ein Artikel vom 11. Mai 1889 im „Donaueschinger Wochenblatt“ hin, in dem die Schweiz beschuldigt wird, nicht genug gegen den Schmuggel von Propagandamaterial durch die SPD zu tun, wodurch streikende Arbeiter unterstützt würden. Dass die Idee von der Gleichberechtigung der Arbeiter auch in Donaueschingen – trotz der Unterdrückung durch das Sozialistengesetz – wach geblieben war, zeigt ein Brief vom 11. Jan. 1899, der „zufällig“ an das „Donaueschinger Wochenblatt“ weitergegeben worden war, statt an den eigentlichen Adressaten, den sozialdemokratischen Redakteur des „Volksfreund“ in Offenburg, Adolf Geck, der ab 1890 Vorsitzender der badischen Sozialdemokratie war. Das „Wochenblatt“ spottete – nicht ganz zu Unrecht - über die Anschrift: „Herrn Adolf Geck, Redakteur, Menschenfreund, Feind der Ungerechtigkeit, Verteidiger der Menschenrechte und Südwestgothenkönig in Offenburg.“ Das klingt natürlich schon belustigend, es zeigt aber auch, welche Hoffnung manche in die Sozialdemokratie setzten (und welchen Mut der Schreiber hatte, trotz des Sozialistengesetzes so einen Brief zu schreiben).

## 1890-1914 - Kampf um soziale Verbesserungen

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes (1890) ließ die staatliche Verfolgung der SPD zwar etwas nach, dafür wurde nun aber mit allen Mitteln der Propaganda durch die konkurrierenden Parteien, besonders durch die

„Nationalliberalen“ und das „Zentrum“, auf die Sozialdemokraten Druck ausgeübt. Ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung der Bürger zu den Arbeitern wirft ein Bericht vom 20. Mai 1891 im den Nationalliberalen nahestehenden „Donaueschinger Tagblatt“, in dem über die Lage der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes berichtet wird. In Schwenningen, wo viele Donaueschinger arbeiteten, dauerte die Arbeitszeit von 6.00 Uhr morgens bis 10.00 Uhr abends. Trotzdem wurden gerade in diesen Tagen die Löhne um 10 bis 15 % herabgesetzt, was ein paar Wochen vorher schon einmal gemacht worden war. Und unter der Überschrift „Maßlosigkeiten“ wurde am 22. August 1891 das „Verlangen von manchen Kreisen“ kritisiert, die eine Verkürzung der Arbeitszeit wollten.

Trotzdem wurde der Einfluss der SPD immer größer. Viele Bürger - und auch die Kirche - erkannten nun, dass etwas getan werden musste. In Donaueschingen wurde am 22. November 1891 der katholische Gesellenverein gegründet - auch mit dem Ziel, die jungen Handwerker von der SPD fernzuhalten. Wie stark die SPD in Donaueschingen war, die Anfang der 90er Jahre wieder eine ordentliche Parteiorganisation gegründet hatte, kann man an den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 17. Juni 1893 erkennen.

Der SPD-Kandidat, der Redakteur Zielowski aus dem sozialdemokratischen „Vorort“ Offenburg, erhielt in Donaueschingen immerhin 73 von 620 Stimmen, in Allmendshofen, wo die SPD (wegen der Bürstenfabrik) recht stark war, 26 von 125 Stimmen, in Hubertshofen gab es 2, in Pfohren 1, in Wolterdingen 4 sozialdemokratische Wähler.

Wie sehr auch die Staatsmacht trotz der Aufhebung des Sozialistengesetzes noch gegen die SPD arbeitete, zeigt ein Beispiel vom 6. November 1893. Der oben schon erwähnte Redakteur Geck aus Offenburg, der inzwischen Vorsitzender der badischen Sozialdemokraten war, hielt an diesem Tag in Allmendshofen eine Wahlversammlung ab, die nach kurzer Zeit vom Vertreter des Großherzoglichen Bezirksamtes, der die Versammlung überwachte, für beendet erklärt wurde. Nach einer Stunde setzte die SPD eine neue Versammlung an, was rechtlich zulässig war, und diese durfte dann bis zum Ende durchgeführt werden. Geck „enthielt sich namentlich

auch jeden Angriffs auf die Person des Fürsten“, obwohl dieser in diesem Wahlkampf sein Gegenkandidat war! Wie schwierig Wahlen für die SPD unter solchen Bedingungen waren, lässt sich denken.

### SPD-Zentrale Schwanen in Allmendshofen

In Donaueschingen wurde in dieser Zeit - neben den Aktivitäten des SPD-Ortsvereins - auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter vorangetrieben.

Wichtig war in Donaueschingen vor allem der „Holzarbeiter-Verband“. Damals wurde auch ein Vereinslokal gefunden, der „Schwanen“ in Allmendshofen, der für die nächsten Jahre die Zentrale der Arbeiter wurde.

Hier fanden die Gewerkschaftsversammlungen statt, die Sitzungen der SPD, die Treffen des Kranken-Unterstützungsvereins, aber auch Feste. Immer blieben die Arbeiter jedoch vorsichtig; man wollte Spitzel oder Staatskontrolleure nicht in die internen Dinge hineinschauen lassen. Sogar die Fasnetveranstaltungen wurden deswegen „selbst kontrolliert“ - man ließ nur diejenigen in die Festsäle hinein, die man kannte (Und dafür mussten sich Verkleidete bei der Eingangskontrolle demaskieren!). Überhaupt achtete man genau darauf, dass nur wirklich „sichere und ordentliche“ Leute in die SPD kamen, man wollte

den Staatsbehörden durch „nicht einwandfreie“ Mitglieder nicht noch Vorwände zum Einschreiten liefern. Die Aufnahme in die SPD war - übrigens auch noch in der Weimarer Zeit - ein feierlicher Akt, der nicht jedem gewährt wurde.



**Sozialdemokratischer Verein  
Radfahrer-Verein „Frisch Auf“  
und Gewerkschafts-Partell  
Donaueschingen.**

Samstag, den 21. Februar, abends  
8 Uhr beginnend, im Saale zum Schwanen  
Gemeinsame

**Fasnachts-Unterhaltung**  
Bestehend in Musik und Theater, mit darauf-  
folgendem

**Tanzfränzchen.**

Harrenklappen obligatorisch und am  
Saaleingang erhältlich.

Zutritt haben nur Mitglieder und  
deren Familienangehörige obiger Vereine. Einführungsbrecht gestattet.

Masken haben sich der Kommission gegenüber zu demas-  
kieren oder durch Buch auszuweisen.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein  
Die Kommission.

2.2

Der Wirt des Schwanen war übrigens ein für den SPD-Ortsverein wichtiger Mann, Hugo Bernauer, der auch lange Jahre das Amt des Vorsitzenden inne hatte.



Bild: Archiv Hönle

**Arbeiter-Wahlverein Donaueschingen.**

Samstag den 10. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus „3. Schwänen“  
Mitglieder-Versammlung.

**Tagesordnung: Die Reichstagswahl.**

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet. Der Vorstand.

---

**An die Wähler des II. bad. Reichstags-Wahlkreises!**

Von der sozialdemokratischen Partei ist Redakteur **Dtto Zielowsky** in Offenburg als Reichstagskandidat aufgestellt.  
Wahlflugblätter u. Stimm-Zettel sind zu haben bei  
**Nikolaus Tröndle in Allmendshofen.**

*Einladung zu einer SPD-Wahlveranstaltung 1893*

## 1911 - SPD im Kommunalparlament

In der Kommunalpolitik verfolgte die SPD die gleiche Taktik wie im badischen Landtag. Hier wie dort war die SPD - auch wegen des undemokratischen Wahlrechts - natürlich zu schwach, allein die Macht auszuüben. Deshalb unterstützte man meist die schwächeren Parteien, um mit diesen Koalitionen zu verabreden. Andere Parteien, die sonst die SPD scharf ablehnten, nahmen die Unterstützung durch die Sozialdemokraten gerne an. In Donaueschingen nahm die Liste des Zentrums im Juli 1911 SPD-Leute auf, dafür forderte die SPD ihre Wähler auf, die „Zentrumsleute“ zu wählen.

Als der zentrumsnahe „Donaubote“ deswegen ein Inserat veröffentlichte, ließ sich die inzwischen vom „Wochenblatt“ zum „Tageblatt“ umgestaltete Zeitung der Nationalliberalen darüber so aus: „Und warum erscheint dieses Inserat im Donauboten? Antwort: Weil die Sozialdemokratie mit der Bürgervereinigung, unter dessen Maske das Zentrum steckt, einen Kompromiss geschlossen hat. Also ein Beweis, dass das Zentrum bereit ist, seine Stellung gegen die Sozialdemokratie aufzugeben, sobald diese Wahlhilfe leistet.“ Die hier schimpfenden Nationalliberalen waren in der badischen zweiten Kammer aber mit der Sozialdemokratie eine Art Koalition eingegangen, den sog. „Großblock“, der eine sich abzeichnende Mehrheit des Zentrums verhindern sollte.

Wie dem auch sei - immerhin kamen auf diese Weise die ersten Sozialdemokraten in den Donaueschinger Bürgerausschuss. Dieser war ein von den wahlberechtigten Bürgern gewähltes Gremium, das den Gemeinderat und mit diesem zusammen den Bürgermeister wählte und die

Arbeit des Gemeinderates kontrollierte.

Die ersten SPD-Vertreter im Bürgerausschuss waren Eugen Metzger und Heinrich Rotzinger, auf der Liste stand auch noch der Bäckermeister Andreas Schaller, auch ein Parteimitglied. Andere führende Sozialdemokraten der Zeit - neben dem schon erwähnten Hugo Bernauer - waren: der Küfermeister Gottlob Kümmerle (auch er zeitweise SPD-Chef, 1919), der Werkführer Nikolaus Tröndle (1914 SPD-Vorsitzender), Otto Springmann (1918 zweiter Vorsitzender), der Wagner Julius Häßler, der Landwirt und Gastwirt August Bausch aus Allmendshofen, der Eisenbahnsekretär Karl Gießhaber (1919 zweiter Vorsitzender), der Zimmermeister Franz Honegger, der Gast- und Landwirt Josef Kuttruff, der Stadtrechner Hermann Morast, der Glasermeister Karl Mayer u.v.a. An den Berufen der Parteimitglieder lässt sich deutlich erkennen, dass die SPD - wenigstens in Donaueschingen - sehr starken Rückhalt bei den Handwerkern hatte, zumindest was die führenden Positionen betrifft. Dies gilt - wenn auch nicht mehr in so starkem Maße - auch für die Zeit der Weimarer Republik.

In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg wurde die SPD auch bei Wahlen immer stärker; bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 wählten immerhin 92 Donaueschinger die SPD. 39 Allendshofener, 10 Aufener, 17 Wolterdinger, 3 Pfohrener und 5 Neudinger unterstützten den Kandidaten Martzloff, den späteren badischen Minister.

Auch auf anderen Gebieten organisierten sich die Arbeiter; zur sportlichen Ertüchtigung wurde 1912 ein „Turnerbund“ gegründet, der stark sozialdemokratisch orientiert war (und der eine

Alternative zu den nationalen „Deutschen Turnern“ sein sollte), daneben gab es den Radfahrerverein „Frisch Auf“, später wurde auch noch der Arbeitergesangverein „Eintracht“ gegründet. Alle diese sozialdemokratischen Organisationen blühten auf, man konnte sie bei immer besser besuchten Maifeiern bewundern - bis 1914 der erste Weltkrieg ausbrach.

## **1914 - I. Weltkrieg - Zerreißprobe für die SPD**

Der Krieg stellte die SPD im Reich, aber auch vor Ort, vor große Probleme. Wie sollte man sich nun dem Staat gegenüber verhalten, dem Staat, der verfolgt, eingesperrt und unterdrückt hatte? Und es ging doch gegen die Brüder, die sozialistischen Genossen in England, in Russland oder Frankreich (von dem „Erbfeind“-Geschwätz hatte man nie etwas gehalten)! Es schien keine andere Wahl zu geben: In dieser Situation, in dem Glauben, angegriffen worden zu sein, musste man - wenn auch zähneknirschend - zum Kaiser und zum Reich halten. Der Kaiser kannte auf einmal „keine Parteien mehr“, Beamte durften nun bekennen, dass sie SPD-Mitglieder waren, ohne rausgeworfen zu werden (15. Dez. 1915 im bad. Landtag); es gab den „Burgfrieden“.

Viele Donaueschinger SPD-Mitglieder kämpften nun an der Front für den Staat, der sie so schön behandelt, viele mit großer Tapferkeit und hochdekoriert. Die beiden SPD-Mitglieder Leopold Meßmer und Josef Käfer beispielsweise kehrten mit hohen militärischen Tapferkeitsauszeichnungen zurück, während andere - nationale - in Donaueschingen das große Wort führten und ein sogenannter „kleiner Generalstab“ im Lamm die Schlachten bei Bier und Wein nochmals schlug.

Der Krieg forderte immer mehr Opfer, viele starben oder wurden verwundet, die Lebensmittel wurden knapper und teurer (dagegen hielt das Gewerkschaftskartell am 19. Juli 1915 im Schwanen eine Protestversammlung ab); auch Frauen und Kinder mussten immer stärker für die Kriegsproduktion arbeiten. Auf der anderen Seite sorgte die Propaganda dafür, dass der Krieg immer als kurz vor dem siegreichen Ende stehend dargestellt wurde, bei dem dann jeder für alle Entbehrungen belohnt werden würde.

Die Jahre 1916/17 brachten in der SPD auf der Ebene Deutschlands große Veränderungen mit sich. Reichstagsabgeordnete, die noch 1914 für die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt hatten, hielten diesen Kurs nicht mehr für akzeptabel. Eine Gruppe um den SPD-Abgeordneten Karl Liebknecht hatte sich von der Mehrheit abgetrennt und sich gegen die Eroberungspolitik der Regierung ausgesprochen. Hieraus entwickelte sich der „Spartakus-Bund“, 1918/19 wurde daraus die „KPD“, die Kommunistische Partei Deutschlands. 1917 spaltete sich noch ein Teil von der SPD ab, Pazifisten, die nicht länger einen als sinnlos empfundenen Krieg mittragen wollten. Diese nannten sich im Gegensatz zur SPD „USPD“: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Auch in Donaueschingen fand all das Widerhall, besonders unter den Soldaten der Garnison wurden die neuen Ideen diskutiert.

Die Lage wurde immer schwieriger. 1918 musste die Reichsregierung auf Befehl der Generale Hindenburg und Ludendorff (der sich anschließend mit Perücke und falscher Brille nach Schweden absetzte) um Waffenstillstand bitten.

Bei vielen Deutschen, die bis dahin an den Sieg ihrer vermeintlich guten Sache geglaubt hatten, brach eine Welt zusammen. Viele erkannten, wie sehr sie für eine falsche Politik und für fremde Interessen eingespannt worden waren. Ausgelöst durch eine Marinemeuterei in den norddeutschen Küstenstädten brach im November 1918 die Revolution aus. Alle deutschen Fürsten wurden aus ihren Ämtern vertrieben oder verzichteten von sich aus. Revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen überall in Deutschland die Macht.

## **II. Weimarer Republik 1918 -1933**

### **1918 - Revolution in Donaueschingen**

Dies geschah auch in Donaueschingen. Am 10. November 1918 übernahmen die revolutionären Soldaten aus der Garnison das Kommando, Bahnhof und Post wurden besetzt. In der Stadt wurden Maschinengewehrposten aufgestellt. Anschließend zog man mit Musik durch die Straßen. Am 11. November 1918 fand eine Ver-

sammlung der „Arbeiter-, Bürger- und Bauernschaft“ mit dem „Soldatenrat“ statt. Es wurde ein „Aufklärungsausschuss der Bürgerschaft“ gegründet, der dem „Soldatenrat“ beigegeben wurde. Diesem revolutionären Gremium gehörten neben den Sozialdemokraten Tröndle, Springmann und Bernauer auch Vertreter der Liberalen und sogar der Zentrumsmann Dr. Lauer an, ein katholischer Geistlicher, der Chefredakteur des Zentrumsblatts „Donaubote“ war.

Am 14. November wurde im Schwanen ein Arbeiterrat gewählt, der unter dem Vorsitz von Hugo Bernauer stand und zusammen mit dem Soldatenrat die Macht in Donaueschingen übernahm. Am 16. November fand im Schwanen die 1. Sitzung des „Arbeiter- und Soldatenrates Donaueschingen“ statt.

Am 21. November wurde durch eine Anzeige der Donaueschinger Bevölkerung mitgeteilt, dass für die nächste Zeit das „Großherzogliche Bezirksamt, die Gemeindebehörden, der Soldatenrat, der Arbeiterrat und der Bezirksbauernrat“ eng zusammenarbeiten würden. Aber, so war zu lesen: die Zuständigkeiten bleiben erhalten! Unterscriben hatten diesen Aufruf der Oberamtmann Dr. Herrmann, der Bürgermeister Schön, der Soldatenrat Kindermann, der Arbeiterrat Bernauer sowie der Bezirksbauernrat Meier, der „fürstliche Gutsinspektor“. An dieser Zusammenstellung sieht man bereits, dass die „alten“ Gewalten die Revolution ganz gut überstanden hatten und dass auch in der Revolution die alte „Ordnung“ mitherrschte.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, die eigentliche revolutionäre Macht, hatte seine Zentrale im „Museumsbau“, im heutigen Museum Biedermann, und dorthin kamen auch der „Großherzogliche Amtmann“ oder der nationalliberale Bürgermeister Schön, sogar der Fürst von Fürstenberg wurde mit „roter Armbinde“ gesehen.

Aber bereits am 21. Dezember 1918 konnte man im „Tageblatt“ auf der 1. Seite lesen, dass eigentlich die SPD Schuld an allem habe, dass sie das Geschäft der Feinde betreibe, dass der Kaiser eigentlich unschuldig sei (so der FF-Archivrat Dr. Tumbült). Schon 1919 war die Revolution weitgehend gescheitert, nur die Spitzen der adligen Häuser hatten die politische Macht verloren. Ansonsten waren die Offiziere, die Beamten, die

Richter die gleichen wie vor der Revolution.

In Berlin hatte inzwischen ein Ausschuss von 3 SPD-Vertretern (unter ihnen der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert und der spätere Reichskanzler Philipp Scheidemann) und drei USPD-Vertretern die Macht im Reich übernommen, später wurden alle Vertreter in diesem Gremium von der SPD gestellt. Während die KPD mit Aufständen in Berlin und im Reich ein Weiterstreben der Revolution erreichen wollte, entschloss sich die SPD (und mit ihr ein Großteil der USPD), eine Nationalversammlung wählen zu lassen, die eine demokratische, repräsentative Verfassung ausarbeiten sollte. Das geschah am 19. Januar 1919.

### **1919 - Frauen wählen**

In Donaueschingen wählten 1153 die SPD, 1024 das Zentrum, 761 die Demokraten und 156 die Deutschnationalen. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass viele Soldaten in Donaueschingen mitwählten. Außerdem durften hier zum 2. Mal (nach der Wahl zur badischen Nationalversammlung am 5. Jan. 1919) auch die Frauen mitwählen. In einer Wahlanzeige der SPD am 27. Dezember 1918 sind zu einer „Volksversammlung“ ausdrücklich auch „Frauen und Jungfrauen“ eingeladen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte konnten sich nicht lange halten. Im Laufe des Frühjahrs 1919 wurde ihre Macht zugunsten des Gemeinderates und des Bürgerausschusses immer mehr zurückgedrängt; auch deshalb, weil es mit den neuen Machthabern, die ja - vor allem bei den Mitgliedern des Soldatenrates - oft eher zufällig bestimmt worden waren, zahlreiche Probleme gab. Im Tagblatt stand am 4. Februar 1919, Donaueschingen habe „aufgrund der Vorfälle der letzten Wochen“ den Ruf eines „Spartakusnestes“!

Die Gemeindeverordnetenwahlen vom 25. Mai 1919 beendeten die Phase der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte. Die SPD wurde die stärkste Gruppe im Bürgerausschuss. Sie hatte 24 Sitze, die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) hatte 3, die „Freie Bürgervereinigung“ (das war das „Zentrum“) hatte 19, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 14 Sitze.

## Leopold Meßmer, ein aufrechter Sozialdemokrat

Neben den bekannten SPD-Politikern kam auch ein neuer Mann in dieses städtische Gremium, der in der SPD bald eine führende Rolle spielte: Leopold Meßmer, der spätere Bürgermeister der Stadt Donaueschingen.

Aufgrund der Mehrheitsverteilung im Bürgerausschuss stellte die SPD 5 Gemeinderäte (Kümmerle, Kuttruff, Gießhaber, Metzger, Häßler), das Zentrum 4 (Thedy, Wirth, Dilger, Engesser), die DDP 3 (Georg Mall, Obergfell, Schwanz). Daneben gab es auch Kreisräte (Gießhaber) und Bezirksräte (Bernauer, Mayer) der SPD.

Eine große Auseinandersetzung brachte die Wahl des Bürgermeisters, der vom Bürgerausschuss und Gemeinderat bestimmt werden sollte. Die SPD war nicht bereit, den alten Amtsinhaber, dem man schlechte Versorgung und Misswirtschaft während des Krieges vorwarf, zu wählen. Also mußte man einen neuen Kandidaten suchen. Am 25. September 1919 einigte man sich auf den Rechtsanwalt Fischer aus Philippsburg, einen Demokraten, der bis zur Machtergreifung durch die Nazis Bürgermeister in Donaueschingen blieb.

Die neue Republik funktionierte von Anfang an nicht sehr gut. Schon 1920 hatte es in Berlin einen Putsch gegeben (Kapp-Putsch), die Unterschrift gegen den harten Versailler Vertrag hatte viele Bürger gegen die Republik eingestellt, die Wirtschaft lief nur sehr langsam wieder an. In Donaueschingen kam es immer wieder zu Protestversammlungen der Arbeiter der Bürstenfabrik und der Brauerei (2. Sept. 1919 „gegen das ungenießbare Brot“; 31. Nov. 1920 „wegen der hohen Milchpreise und der ungenügenden Milchablieferung“, anschließend gab es einen Marsch nach Aasen und Allmendshofen; 15. Juli 1920 „Protestversammlung für Preisabbau“). Der SPD-Redner bei dieser Veranstaltung soll, so das Tagblatt, „im allgemeinen gemäßigt gesprochen haben und besonders betont haben, dass mit Aufläufen und Zertrümmerung wenig geholfen sei.“ Bei dieser Versammlung sprach auch das SPD-Mitglied Fritz Fischer, der erste Vorsitzende der SPD nach dem 2. Weltkrieg, aber auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Lauer, der dem Hause Fürstenberg den „unerbittlichen Kampf seiner Partei“ ansagte.

Eine weitere wichtige - gemeinsame - Veran-

staltung der demokratischen Parteien fand am 16. März 1920 vor dem Rathaus statt, auf der der Kapp-Putsch in Berlin von den Rednern Bernauer (SPD) und Dr. Lauer (Zentrum) aufs Schärfste verurteilt wurde, man stehe hinter der Regierung.

Als am 27. August 1920 der Ochsenwirt Kuttruff sein Gemeinderatsamt niederlegte, wurde sein Parteifreund Meßmer sein Nachfolger, er blieb im Amt, bis ihn 1933 die Nazis daraus vertrieben. Ein anderer führender Genosse rückte ebenfalls 1920 in den Bürgerausschuss nach (am 29. September): der Gärführer Hermann Elsässer, auch er wurde 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt entfernt.

Die wichtigste Entscheidung des Gemeinderates war der Entschluss zum Bau eines neuen Krankenhauses in der Villinger Straße, das besonders vom Zentrum und von der SPD gefordert worden war. Am 12. Oktober 1921 war Grundsteinlegung. Die Urkunde im Grundstein trägt auch die Unterschriften der SPD-Gemeinderäte.



*Gasthof Zeppelin: hier fanden in der Weimarer Zeit die meisten SPD-Veranstaltungen statt.*

*Bild: Archiv Hönle*



## Gefahr für die Republik

Und schlimme Dinge geschahen: Am 26.8. 1921 wurde der Zentrumsrepublikaner Erzberger ermordet. Die Donaueschinger SPD sah, dass die Republik in Gefahr geriet, und hielt gegen seinen Tod am 29. August 1921 eine große Protestversammlung ab. Ähnliche Veranstaltungen gab es auch wegen der Ermordung des Außenministers Rathenau, gegen die Inflation von 1923; der SPD-Ortsverein versuchte mit seinen beschränkten Mitteln, etwas gegen die negativen Entwicklungen zu tun.

Im Jahre 1925 starb der Reichspräsident Ebert. Die SPD verlor mit ihm einen ihrer wichtigsten Politiker. Schlimmer aber war der Tod Eberts für das Reich. Sein Nachfolger wurde nämlich ausgerechnet der ehemalige kaiserliche General Hindenburg, der der Republik eher ablehnend gegenüberstand und der 1933 Hitler zum Reichskanzler machte.

Und was passierte in Donaueschingen? Am 2. März 1925, einige Tage nach dem Tod des Reichspräsidenten, waren an der Anschlagtafel des „Donaueschinger Tageblatts“ Hakenkreuze aufgemalt. Oder: Am 27. Mai 1926 wurden die Fenster des SPD-Vorsitzenden Meßmer mit Steinen eingeworfen. „Lausbubenstreiche“, wie das Tageblatt schrieb?

Bei den Wahlen der nächsten Jahre konnte die SPD nie wieder ihren Wahlerfolg von 1919 wiederholen. Auch bei Reichstags- oder Landtagswahlen gingen die Stimmzahlen meist leicht zurück oder blieben annähernd gleich. Bei den Reichstagswahlen vom Oktober 1921 verlor die SPD z.B. 23 Stimmen gegenüber der Reichs-

tagswahl von 1920, während die Kommunisten 26 Stimmen dazugewannen!

Bei der Bürgerausschusswahl am 15. November 1926 schaffte die SPD nur noch 16 Sitze, während Zentrum, Demokraten und Deutschnationale zulegten.

Im Gemeinderat von 1926 waren nur noch 3 Repräsentanten der SPD vertreten: Leopold Meßmer, Karl Spindler und Hermann Elsässer. 1926 wurde Leopold Meßmer auch zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt, auch dieses Amt hatte er bis 1933 inne.

## Niedergang eines demokratischen Versuchs - die Endphase der Weimarer Republik

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in der Mitte der 20er Jahre in Donaueschingen nicht sehr befriedigend. Es gab zwar positive Anzeichen (etwa im Baugewerbe), aber auch Streiks und Aussperrungen (13. März 1925) in der Bürstenindustrie; Lohnkürzungen in der Uhrenindustrie (16. Januar 1926); die Liquidation der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft (20. Juli 1926), die 1924 von einigen SPD-Vertretern gegründet worden war. Danach entspannte sich die Lage etwas, bis infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 auch die Arbeitslosenrate in Donaueschingen immer höher anstieg.

1929 erhielt die SPD bei der Landtagswahl (Kandidat Leopold Meßmer) am 27. Oktober in Donaueschingen noch 365 Stimmen, in Aasen 20, in Allmendshofen 92, in Aufen 13, in Wolterdingen 79, in Pfohren 9, in Neudingen 11, in Hubertshofen 6, in Heidenhofen 2. Die NSDAP hatte bei dieser Wahl in Donaueschingen immerhin schon 57 Anhänger hinter sich gebracht!

In den demokratischen Parteien - in SPD, Zentrum, Deutscher Demokratischer Partei - machte sich auch so etwas wie Resignation breit. Jahrelang hatte man für die Republik gearbeitet, jahrelang in den Gemeindeparlamenten mit großer Leidenschaft dafür gekämpft, dass trotz der Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit die Bürger ein vernünftiges Leben führen konnten - aber viele Deutsche richteten ihre Hoffnung lieber auf große Versprechungen als auf die „kleinen Verbesserungen“.

Am Dienstag den 15. d. M.,  
Abends 8 Uhr,  
 Antisemitische  
Unterhaltung   
— im Gasthaus z. Engel. —  
Gefinnungsgenossen sind freundlichst  
eingeladen.  
—  „H e i l!“  —

*schon 1894 regte sich der Antisemitismus*

Auch in der SPD gingen die Mitgliederzahlen zurück. Unter dem Druck der Nazis und wegen der scheinbaren Sinnlosigkeit der Parteiarbeit hörten viele auf. 1933 war die SPD auf 36 Mitglieder zusammenschmolzen. Das nationalsozialistische „Schwarzwälder Tagblatt“ aus Furtwangen spottete am 4. November 1932:

*„Auf Sonntag Nachmittag hatte die SPD zu einer mächtigen Kundgebung in die Festhalle eingeladen. Als Redner hatte sie sich keinen Geringeren als den Minister a.D. Remmele verschrieben. Der Andrang zu dieser Versammlung nahm beinahe beängstigende Formen an. Ein Teilnehmer berichtete, daß außer etwa 30 Sozialdemokraten auch noch etwa 20 Andersgläubige teilgenommen hätten ... Aufrichtiges Mitleid mit den SPD-Männern, die in der Regel nicht einmal mehr den obligatorischen Cego-Klub zusammenbringen ... Es wäre beinahe schon ein Akt der Leichenschändung, wenn man derartige Mißerfolge an die breite Öffentlichkeit zerren wollte.“*

### **III. Unter der Herrschaft der Nazis 1933 - 1945**

#### **Die Katastrophe beginnt: Machtergreifung der Nazis 1933**

Das Jahr 1933 beendete den ersten Versuch einer Demokratie in Deutschland. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. In der Folge dieser Entwicklung, besonders aber auch durch die Anwendung der „Gleichschaltungsgesetze“ wurde auch in Baden die demokratische Regierung abgelöst. Am 11. März 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Karlsruhe, der „Schriftsteller“ Robert Wagner übernahm in Karlsruhe als Reichskommissar die Regierungsgeschäfte.

Auch in Donaueschingen übernahmen die Nazis die Kontrolle. Durch die Tricks der „Gleichschaltungsgesetze“ wurde der Bürgerausschuss so verkleinert, dass die demokratischen Parteien - also auch die SPD - nicht mehr mitwirken konnten oder auf die Ämter von sich aus verzichteten.

#### **28.05.1933 Leopold Meßmer verlässt den Gemeinderat**

Am 28.05.1933 musste als letztes Mitglied der SPD auch Leopold Meßmer seine Mitarbeit im Gemeinderat beenden. Sein Rücktrittsschreiben an Bürgermeister Fischer vom 28.5. lässt deutlich erkennen, dass diese Entscheidung unter dem Druck von namentlich genannten Nationalsozialisten zustande gekommen war. Der Bürgermeister - noch im Amt - dankte im Namen des Gemeinderates am 7. Juni 1933:

*„Bei allen Beschlüssen, die das Gemeinderatskollegium während dieser 13 Jahre unter Ihrer Mitwirkung fasste, waren Sie stets bestrebt, in objektivster und zuvorkommendster Weise mitzuarbeiten. Insbesondere haben Sie bei allen Ihren Entscheidungen ein tiefes soziales Empfinden mitsprechen lassen und blieben dabei doch bemüht, das Wohl der Gesamtheit als höchstes Ziel nicht aus den Augen zu verlieren ... Nun hat die Entwicklung der Verhältnisse mit sich gebracht, dass Sie aus dem Gemeinderat und den anderen Gemeindeämtern ausscheiden. Der Gemeinderat hat mich beauftragt, Ihnen, sehr verehrter Herr Meßmer, für Ihre jahrelange Mitarbeit bei der Stadtverwaltung den herzlichsten Dank auszusprechen. Dieser Pflicht komme ich umso lieber nach, als ich diesem Dank des Gemeinderates auch meinen eigenen anschließen möchte, den ich Ihnen für vielfache Unterstützung in allen die Gemeinde angehenden Fragen in reichstem Maße abstatten darf.“*

In der folgenden Zeit (bis zum 15.07.33) mussten auch die Vertreter der anderen Parteien den Gemeinderat verlassen, auch der Hofapotheker Richard Baur (Zentrum) und der Architekt Georg Mall von den Demokraten, der mit Meßmer noch 1933 in einem tapferen Akt die von den Nazis geforderte Ehrenbürgerschaft für Hitler abgelehnt hatte.

Am 18.7.33 fand, wie das „Schwarzwälder Tagblatt“ stolz verkündete, die „1. Sitzung im Brauhemd“ statt.

#### **Donaueschingen trotz den Nazis**

Aber, ein Trost, das „offizielle“ Donaueschingen hatte den Nazis nur unter starkem Druck nachgegeben. Als am 9. März 1933 die Nationalso-

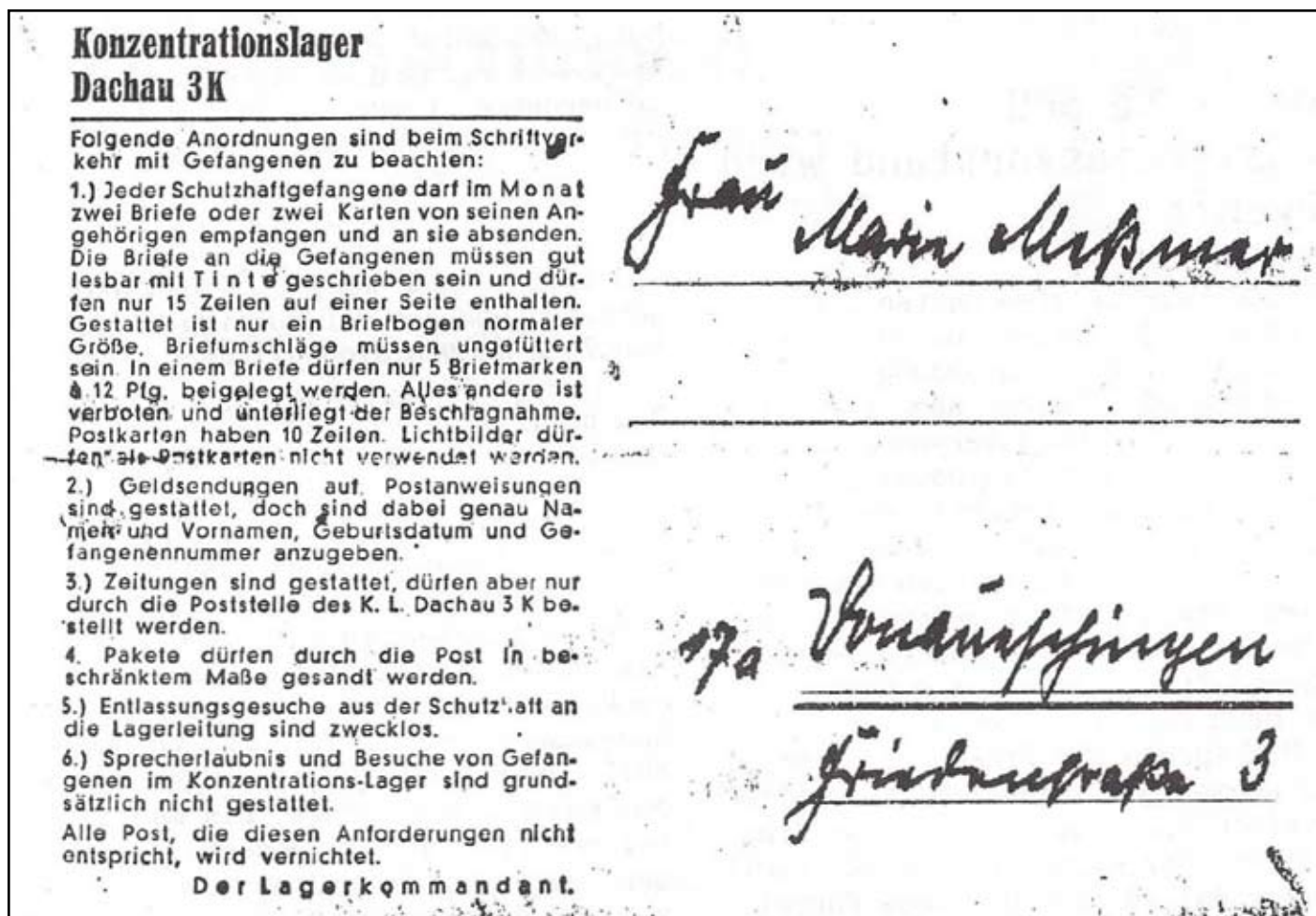
zialisten ihren „Wahlsieg“ vom 5. März 1933 mit großen Aufmärschen feiern wollten, weigerte sich der Bürgermeister Fischer, NS-Fahnen am Rathaus hissen zu lassen.

Oder, als es am 02.04.33 zum 1. Boykotttag gegen die Juden kam, machten die Donaueschinger nicht mit: Das NS-Kampfbblatt „Schwarzwälder Tagblatt“ beschwerte sich darüber, dass die „vier jüdischen Donaueschinger Geschäfte“ zwar boykottiert worden seien, dass die Bürger aber am Tage zuvor so viel dort eingekauft hätten, dass „die Juden“ keine Verluste gehabt hätten. Oder, wie es die Stadtchronik von 1934 anlässlich des 40. Geburtstags des neuen Nazibürgermeisters Sedelmayer, der den Bürgermeister Fischer am 2. März 1934 abgelöst hatte, beschreibt: Donaueschingen sei „nur sehr schwer und äußerst langsam für die nationalsozialistische Idee zu gewinnen“ gewesen. „Viel aufgeschlossener dieser Idee gegenüber verhielten sich die Bewohner der Landgemeinden und auch einige Städte im Bezirk, wie z.B. Furtwangen, wo der Nationalsozialismus schon sehr früh Fuß gefasst und Macht und Einfluss gewonnen hatte.“

## Donaueschingen unter den Nazis: Leopold Meßmer organisiert Widerstand

Die SPD-Mitglieder hatten in den nächsten Jahren vieles zu ertragen. Die Genossen Fritz Fischer, Franz Hepting und Leopold Meßmer wurden „zum persönlichen Schutz“ mehrmals festgenommen, der Gewerkschaftsführer Robert Mattes musste, unter den Augen johlender Nazis, die Straßen kehren. Es gab Hausdurchsuchungen und Drohungen. Im Jahre 1944, am 22. Juli, zwei Tage nach dem Attentat auf Hitler, wurde Leopold Meßmer von der Gestapo verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Karlsruhe gebracht. Von dort kam er - Häftlingsnummer 93795 - am 26.08.1944 in das Konzentrationslager Dachau, das er, anders als der zwei Jahre vorher dort verstorbene Donaueschinger Pfarrer Dr. Feurstein, zu dem Meßmer ein sehr freundschaftliches Verhältnis gehabt hatte, durch glückliche Umstände wieder lebend verließ.

Ende 1944 kam Meßmer - mit der Auflage, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden - wieder nach Donaueschingen zurück. Er war fest ent-



ein erschütterndes Dokument: aus einem Brief Meßmers aus dem KZ-Dachau an seine Frau Marie

schlossen, sich nun, da der Krieg erkennbar dem Ende zuing, nicht mehr von den Nazis verhaften und umbringen zu lassen. Meßmer bewaffnete sich, er schlief nachts nicht mehr in seinem Haus, aber er blieb vor Ort, obwohl er wusste, dass er auf der „Erschießungsliste“ der Gestapo stand.

Leopold Meßmer war es auch, der die verbliebenen Donaueschinger Sozialdemokraten immer wieder aufmunterte, der den Widerstand gegen die Nazis angeleitet hatte. 1933 hatte er mit anderen Sozialdemokraten versucht, einen „Generalstreik“ gegen die Nationalsozialisten zu organisieren, was aber misslang.

In den nächsten Jahren unternahm er alles, um aus Deutschland flüchtenden Hitlergegnern ein Entkommen zu ermöglichen. So brachte er beispielsweise Verfolgte in einem Bauernhof bei Triberg unter und versorgte sie mit Lebensmitteln, auch brachte er Hilfesuchende an die rettende Schweizer Grenze. Meßmer, der 1918/39 die Revolutionswirren in Berlin noch selbst erlebt hatte und mit dem späteren Reichspräsidenten Ebert persönlich bekannt war, unterstützte auch den ehemaligen badischen Innenminister Adam Remmele; auch der ehemalige preußische und Reichsinnenminister Severing (aus der preußischen Regierung Braun/Severing, die 1932 von den Nazis entmachtet worden war) zählte zu seinen Freunden und war auch in der Nazizeit mehrmals bei Meßmer in Donaueschingen zu Besuch.

Jeden Sonntag traf sich ein eingespielter Kreis von Sozialdemokraten bei Meßmer - stets mit dabei war das spätere OV-Vorstandsmitglied Josef „Sepp“ Käfer - und hier wurde, hinter der Tarnung als „Skatrunde“, Politik gemacht, soweit das in dieser Zeit und unter diesen Umständen möglich war.

Am 27. April 1945 gelang es Meßmer, eine in Donaueschingen unter Waffen stehende „Geneysungskompanie“ von weiterem sinnlosen Blutvergießen abzuhalten.

## **IV. Die Entwicklung nach dem II. Weltkrieg**

### **1945 - Leopold Meßmer wird Bürgermeister**

So war es eigentlich nur folgerichtig, dass Leopold Meßmer nach dem Abwirtschaften der Nazis (die die Stadt mit schon vorher grau gefärbten Uniformen verlassen hatten) von den Franzosen am 7. Mai 1945 zum Bürgermeister ernannt wurde. Ihm zur Seite standen 12 von den Franzosen ernannte unbelastete Bürger, unter ihnen auch der Apotheker Baur und der Architekt Mall, die als erster Gemeinderat fungierten. Die Lage war verheerend. Donaueschingen war zu einem großen Teil zerstört, es gab Hunger und Krankheiten, und es gab natürlich die französische Besatzung, die nun die Früchte des Sieges auskosten wollte. Diesen Problemen stellte sich Meßmer; und er ging sie mit aller Energie - und oft beschimpft und verleumdet - an. Oft waren die Donaueschinger mit den Entscheidungen des Bürgermeisters nicht einverstanden, sie erkannten nicht, dass die meisten Anordnungen direkt vom französischen Gouvernement kamen. Oft verabschiedete sich Meßmer zu Hause mit der Bemerkung, dass, wenn er am Abend nicht nach Hause käme, er von den Franzosen verhaftet worden sei. Die Eingeweihten wussten um Meßmers Leistung, Georg Mall dankte in der 1. Gemeinderatssitzung am 11. Juli 1945 dem Bürgermeister dafür, „daß er in einer Zeit der tiefsten Not die Verantwortung für die Stadt übernahm.“ Wie groß der Respekt für Meßmer war, zeigte auch die Gemeinderatswahl vom 15. September 1946. Trotz ihrer Mehrheit im ersten gewählten Gemeinderat schlug die „Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ (die später in die CDU übergang) den Vertreter der Sozialistischen Partei (SP), Meßmer, zur Wahl zum Bürgermeister vor. Und Meßmer wurde am 22.09.1946 gewählt: einstimmig!

### **Beginn des politischen Lebens in Donaueschingen**

Ende 1945 fing auch das politische Leben wieder an. Sehr verschieden, je nach Zone, konnten die Deutschen wieder gewerkschaftliche und politische Arbeit beginnen. Die Franzosen, die sehr an der Entstehung von selbständigen Staaten in ihrer Zone im Südwesten interessiert waren, griffen lenkend in die Arbeit der politischen Parteien ein und förderten alles, was zu einer eigenstän-

digen Politik führen konnte. Die Parteien, die im Frühjahr 1946 wieder zugelassen wurden, mussten sich jeder gesamtdeutschen Verbindung enthalten und speziell badisch ausgerichtet sein.

In Donaueschingen waren es die Gewerkschaften, die zuerst gegründet wurden. Anfang Dezember 1945 kam es in den Räumen der Militärregierung zu einer Versammlung von Arbeitnehmern, die einen „Arbeitsausschuss“ unter Führung des sozialistischen Gemeinderates Robert Mattes beschlossen. Dieser Ausschuss bekam den Auftrag, die Gewerkschaften am Ort wieder aufzubauen.

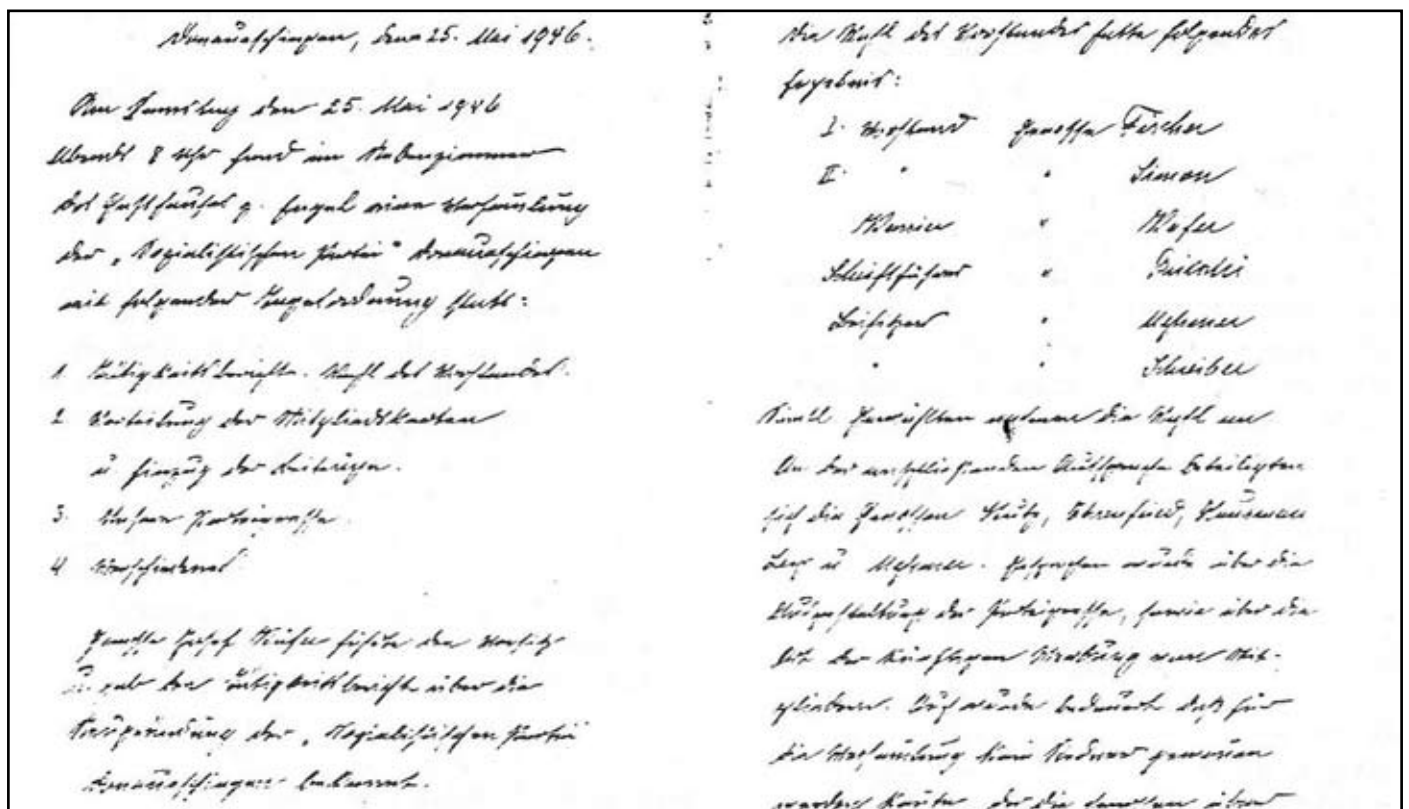
Im Frühjahr 1946 wurden die ersten Parteien gegründet: die Badische Christlich Soziale Partei (BCSV), die Sozialistische Partei (SP), die Kommunistische Partei (KP) und die Demokratische Partei.

### Der erste SPD-Ortsvereinsvorstand wird gewählt

Die Sozialdemokraten hatten sich am 4. März 1946 getroffen, um über die Chance einer Parteigründung zu sprechen, diese wurde dann auch in diesem Rahmen beschlossen. Da der führende Sozialdemokrat Meßmer wegen seiner städtischen Ämter natürlich stark engagiert war

und weil sich viele jüngere Parteifreunde noch in Kriegsgefangenschaft befanden, übernahm der damals schon über siebzigjährige Fritz Fischer die Aufgabe, die neue Partei zu organisieren. Am 5. Mai 1946 sprach der Freiburger Genosse und ehemalige Minister Martzloff im internen Kreis über das Thema: „Was will die Sozialistische Partei (SP)?“ Am 11. Mai 1946 trat die neue Partei zum ersten Mal an die Öffentlichkeit, und zwar mit einem Referat des Freiburger SP-Vorstandsmitglieds Franz Geiler.

Der erste Ortsvereinsvorstand wurde am 25. Mai 1946 im Nebenzimmer des Gasthauses Zum Engel gewählt: Vorsitzender wurde der Kaufmann Fritz Fischer, sein Stellvertreter war der Maschinenmeister Gustav Simon, Kassierer wurde der Brauer Josef Käfer, Schriftführer der Feldhüter Adolf Fritschi, Beisitzer waren Leopold Meßmer und Emil Schreiber. Dieser Ortsvereinsvorstand, der bis 1950 unter dem Vorsitz von Fritz Fischer stand, hatte große Aufgaben vor sich. Es musste überhaupt einmal eine Organisation aufgebaut werden, auch der Zusammenhang mit dem Parteivorstand der Sozialistischen Partei in Freiburg, der unter dem Vorsitz des Singeners Richard Jäckle stand, musste hergestellt werden. Die Umstände der Zeit erschwerten die Arbeit. Immer wieder kamen neue Genossen, andere zogen weg, beispielsweise zu ihren wiedergefundenen



aus dem Protokoll der 1. Mitgliederversammlung

Familien. Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten und aus der russisch besetzten Zone mussten eingegliedert werden.

Die politische Auseinandersetzung der ersten Jahre ging auch um die Frage, ob man mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeiten, ob ein „antifaschistisches Bündnis“ geschlossen werden sollte. Die „Ortsabteilung Donaueschingen“ der Kommunistischen Partei des Landes Baden machte entsprechende Angebote. In Donaueschingen wie in Südbaden generell wurden diese Überlegungen durchaus positiv diskutiert, bis man unter dem Einfluss der Geschehnisse in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ), nämlich der Zwangsvereinigung der SPD und der KPD zur SED und der anschließenden Verfolgung von oppositionellen Sozialdemokraten erkannte, dass dieser Weg nicht gangbar war. Richtungsweisend wurde immer mehr die Zentrale der britischen Zone und ihr Vorsitzender Kurt Schumacher.

Die Donaueschinger SPD und die Gewerkschaften hatten in den nächsten Jahren recht starken Zulauf, das „Ortskartell der Gewerkschaft“ unter ihren Vorsitzenden Hermann Schifferdecker und Herbert Hertenfels bestand im April 1947 aus 11 Einzelgewerkschaften mit über 1000 Mitgliedern, die SPD hatte bald über 100 Genossen. Bei der Maifeier 1947 konnten SPD und Gewerkschaften über 1000 Anwesende begrüßen!

1947 gab es Neuwahlen des SPD-Vorstandes; zu den übrigen Wiedergewählten kam als neuer Schriftführer Heinrich Wolf, der in den 50er und 60er Jahren SPD-Kreisvorsitzender im Kreis Donaueschingen war.

Das Jahr 1948 brachte neben der Währungsreform auch große Arbeitslosigkeit mit sich. Allein Ende August wurden 150 Donaueschinger arbeitslos. Das Gewerkschaftskartell veranstaltete eine „Protestkundgebung gegen Preistreiberei“, an der über 1000 Demonstranten teilnahmen.

Die Gemeinderatswahlen vom 14. November 1948 brachten - nach der Enttäuschung vom September 1946, als die SPD nur 2 Sitze gewonnen hatte, - der Sozialdemokratie Erfolge: die SPD konnte ihre Sitze auf 4 steigern (Meißner, Käfer, Eugen Müller, Josef Schneider), die CDU bekam

5, die DP 3. Da Leopold Meißner am 29. November 1948 wieder zum Bürgermeister gewählt wurde, konnte außerdem noch Erwin Grund für die SPD in den Gemeinderat nachrücken.

Die relative Stärke der SPD konnte man auch an den ersten Bundestagswahlen am 14. August 1949 erkennen, als sie mit 834 die zweithöchste Stimmenzahl hatte (nach der CDU mit 1595 Stimmen).

Im Jahre 1950 änderten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Donaueschingen. Stand die Arbeitslosigkeit noch im März auf 14,4 %, so sank sie in den nächsten Monaten auf unter 2 %. Am 31. Oktober 1950 stellte die IHK Villingen fest, dass die Betriebe bis an „die Grenzen ihrer Kapazität“ belastet seien.

Eine vieldiskutierte Frage der Zeit war, ob man das Land Baden erhalten oder einen „Südweststaat“ gründen sollte. In der Stadt und im Kreis gab es bei einer Abstimmung eine knappe Mehrheit für ein neues Land Baden-Württemberg.

Im Jahre 1950 gab Fritz Fischer den Vorsitz des Ortsvereins an Emil Greiner ab, 2. Vorsitzender wurde Christian Rohwer. Greiner, der nach einem halben Jahr wegzog, gab die Führung weiter an den Stadtrat Erwin Grund, der im Februar 1951 Ortsvereinsvorsitzender wurde. Sein Stellvertreter wurde Heinrich Wolf. Am 5. November 1952 rückt der Bürstenfabrikant Theodor Wunderle für den zurückgetretenen Josef Schneider als SPD-Vertreter in den Gemeinderat nach.

Die politische Arbeit der 50er Jahre könnte man eher als „Basisarbeit“ bezeichnen. Man musste Mitglieder und Anhänger oft erst über die neuen Entwicklungen in der Bundesrepublik aufklären. Themen wie „Das Grundgesetz“, „Die politischen Parteien“, „Die politische Entwicklung 1945 - 53“, „Die Wehrfrage“ zeigen, welche Fragen aus der Partei kamen. Wie sehr sich die Lage in Donaueschingen jedoch stabilisiert hatte, konnte man an der Erlaubnis des französischen Gouvernements erkennen, dass die Deutschen das Rathaus wieder durch die vordere Tür betreten durften!

## Ein großer Verlust für Donaueschingen: Bür- germeister Meßmer stirbt am 5.7.1953



Am 5. Juli 1953 verstarb Leopold Meßmer. Seine Beerdigung zeigte noch einmal, welche Verdienste er sich erworben hatte. Der Minister und persönliche Freund Meßmers, Holwegler, hielt eine Rede; der Stadtrat, die Kreisbehörden, das Fürstenhaus, viele Donaueschinger Vereine und natürlich die SPD nahmen von ihm Abschied.

Mit ihm ging eine Epoche der Donaueschinger SPD zu Ende. Nachfolger Meßmers als Bürgermeister wurde - auch mit den Stimmen der SPD - der Jurist Robert Schrempp aus Freiburg.

Am 13. März 1955 wählte die SPD einen neuen Ortsvereinsvorstand. Vorsitzender wurde Hans Mollin, sein Stellvertreter war Eugen Müller, Kassierer blieb Josef Käfer. Als neuen Schriftführer wählte die SPD-Mitgliederversammlung Adolf Feichtinger, als Beisitzer Karl Schuhmacher, Willi Berent, Theodor Wunderle und Dr. Alfred Schweickert. Die SPD erreichte bei den Bundestagswahlen am 6.9.1953 ganze 18,2 % der Stimmen, bei der Gemeinderatswahl am 5. Nov. 1953 gab es 18,1 % und nur 2 Sitze (Dr. Alfred Schweickert und Theodor Wunderle).

Da die Einwohnerzahl Donaueschingens 1956 10.201 betrug, wurden auch die Sitze des Gemeinderates erhöht, und zwar von 12 auf 20. Die Wahl von 1956 brachte der SPD 5 Sitze (Fritz Broß, Eugen Müller, Dr. Alfred Schweickert, Willy Senger, Theodor Wunderle), die CDU erhielt 9, die Freien Wähler, die mit den Heimatvertriebenen eine Liste gebildet hatten, erhielten 6 Mandate.

Bei der Bundestagswahl am 15. Sept. 1957 stieg der Anteil der SPD-Wähler in Donaueschingen auf (immerhin) 25,42 %.

Im selben Jahr wurde auch ein neuer Ortsvereinsvorstand gewählt. Erster Vorsitzender wurde der Schwiegersohn Leopold Meßmers, Willy

Senger, der von nun an eine der bestimmenden Personen der Donaueschinger und der Kreis-SPD wurde. 2. Vorsitzender wurde Hans Mollin, Kassierer blieb Sepp Käfer; Schriftführer wurde Willi Büllesfeld. Die Beisitzer waren Hermann Elsässer, Karl Schmidt, Josef Nopper und Adolf Fallner.

Bei der Gemeinderatswahl am 9. Nov. 1959 wurde zum 1. Mal das sog. „rollierende System“ angewandt. Nur ein Teil der Amtsträger wurde neu gewählt, die anderen blieben noch für drei Jahre im Amt. Man wollte so erreichen, dass zu den „neuen“ Stadträten immer schon eingearbeitete „alte Hasen“ kamen. Die SPD konnte bei dieser Wahl ein Mandat hinzugewinnen (Max Eisele), allerdings blieb es dann doch bei den fünf SPD-Vertretern, da der SPD-Stadtrat Theodor Wunderle am Abend der Wahl seinen Austritt aus der SPD erklärte und - unter Mitnahme seines Mandats - zur Wählergemeinschaft überwechselte.

### **Auseinandersetzung: SPD – Bürgermeister**

Die Landtagswahl brachte ein erfreulicherer Ergebnis als die Landtags- und Bundestagswahlen vorher: die SPD steigerte sich in Donaueschingen auf 28,9%, während die CDU zum 1. Mal unter die 50 %-Marke fiel (42,6 %).

Überhaupt wurde die SPD wieder selbstbewusster. Neue Parteimitglieder und neue Ideen brachten auch neues Leben in die Partei. Hatte die SPD bis Ende der 50er Jahre noch zähneknirschend ertragen, dass sie durch die Mehrheitsfraktion im Gemeinderat und durch die nicht sehr offene Informationspolitik des Bürgermeisters Schrempp immer stärker von den Entscheidungen abgekapselt zu werden drohte, so regte sich Anfang der 60er Jahre hiergegen Widerstand. Kommunale Entscheidungen, so hörte man in den SPD-Mitgliederversammlungen, sollten für alle Bürger einsehbar und nachvollziehbar sein. Dafür müsste aber auch die Information von Gemeinderat und Öffentlichkeit besser werden. Diese neuen, aufmüpfigen Töne passten vielen nicht, die an die alten, ruhigen Zeiten gewöhnt waren. Man sah in der - heute selbstverständlichen - Forderung nach Bürgeraufklärung und möglichst umfassender Information eine Herausforderung, eine Provokation. Und dies war es - zu einem kleinen Teil - natürlich auch, denn die jungen Männer und Frauen,

die nun in die Politik kamen, leiteten auch einen Generationswechsel ein. Viele der älteren Stadträte, die ja teilweise noch im Geist des Kaiserreichs erzogen worden waren und die die festgefügte Ordnung der Adenauer-Ära mitgeprägt hatten, waren von den neuen Ideen erschüttert. Dass man Entscheidungen der „Obrigkeit“ anzweifeln konnte, dass Respekt einem Amtsträger gegenüber nicht mehr selbstverständlich und ohne Ansehen der Person entgegengebracht wurde, dass „Widerworte“ hingenommen werden sollten, all dies – heute im demokratischen Staat selbstverständlich - konnte man nicht so einfach akzeptieren. Und so reagierte man auch.

Der junge SPD-Stadtrat Hans Noack, der bei der Gemeinderatswahl von 1962 mit dem Wahlversprechen angetreten war, für eine bessere Information der Bevölkerung durch die Stadtverwaltung zu sorgen und der mit der höchsten Stimmenzahl aller Stadträte gewählt worden war, wurde vom Bürgermeister „Totengräber der Stadt“ genannt, was Anfang einer Kette von Dienstaufsichtsbeschwerden, Klagen und Prozessen war.

Die Entwicklung, die in Donaueschingen zu so heftigen Auseinandersetzungen führte, fand in ähnlicher Weise auch anderswo in Deutschland statt. Überall begann ein Generationswechsel, und fast überall war dies mit einer deutlichen Stimmenzunahme für die SPD verbunden. Die Donaueschinger wählten bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 nun schon 30,4 % SPD, während die CDU auf 46,3 % fiel.

Bei der oben schon erwähnten Gemeinderatswahl von 1962 konnte die SPD 32,6 % der Stimmen und 4 Sitze erringen, während die CDU auf bis dahin noch nie dagewesene 39,1 % kam. Die vier neuen Stadträte für die SPD waren Hans Noack, Willi Lerschmacher (der schon kurz vorher für den verstorbenen Eugen Müller nachgerückt war), Kuno Wittmann und Ludwig Utz. Dazu kamen die nach dem rollierenden System sich noch im Gemeinderat befindenden Max Eisele und Willy Senger. Am 24.3.61 wurde Willy Senger als 1. Vorsitzender des Ortsvereins wiedergewählt. Ebenso sein Stellvertreter Hans Mollin. Die weiteren Vorstandsmitglieder waren: Willi Büllesfeld, Schriftführer; Alfred Rädtker, Hauptkassierer; Hermann Elsässer, Adolf Feichtinger, Martin Lerschmacher, Otto Ley, Albert Müller,

Josef Nopper und Max Wanke als Beisitzer.

Am 30.3.62 gab Willy Senger das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden an den Bundesbahnoberspektor Alfred Radtke ab. Neuer 2. Vorsitzender wurde Hans-Dieter Boy, Schriftführer Friedrich Wilhelm Büllesfeld. Neuer Kassierer wurde der Handelsoberlehrer Hans Noack, Beisitzer waren Dr. Alfred Schweickert, Willy Senger, Max Eisele, Isolde Link, Peter Michalik, Albert Müller und Adolf Feichtinger. Da der 1. Vorsitzende Alfred Radtke Donaueschingen jedoch bald darauf zu einem Auslandsaufenthalt verließ, übernahm Willy Senger am 23.6.62 wieder - kommissarisch - das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden.

### **Noack wird Ortsvereinsvorsitzender**

Bei der Generalversammlung der SPD am 8.2.1963 zeigte sich, dass der schon angesprochene Generationswechsel auch im SPD-Vorstand vollzogen wurde. Der neue Ortsvereinsvorstand hatte ein Durchschnittsalter von 39 Jahren, neuer Vorsitzender wurde der vom Bürgermeister und von der CDU heftig angegriffene Hans Noack, sein Vertreter war Otto Gast, Schriftführer F.W. Büllesfeld. Neuer Kassierer wurde Karl-Heinz Richter. Als Beisitzer gewählt wurden Isolde Link, Albert Müller, Karl Böhringer, Adolf Feichtinger und Hans Mollin.

Der Ortsvereinsvorsitzende Noack wurde auf der SPD-Generalversammlung am 3.12.1965 bestätigt, neuer 2. Vorsitzender wurde Fritz Reuter. Das Amt des Kassierers übernahm Manfred Eppel.

Die Auseinandersetzungen zwischen SPD-Fraktion einerseits und dem Bürgermeister und der CDU-Fraktion andererseits hatten inzwischen immer mehr an Schärfe zugenommen. Immer wieder drehte es sich um die Frage, wie weit die Öffentlichkeit über die Entscheidungen der Stadtverwaltung und des Gemeinderates aufzuklären sei. Der Bürgermeister pflegte fast alles in nichtöffentlicher Sitzung zu besprechen und abstimmen zu lassen, auch Dinge, für deren Geheimhaltung keine Notwendigkeit bestand. Daneben klagte die SPD auch über die unzureichende oder ungleichmäßige Unterrichtung der Presse durch die Stadtverwaltung; ein „mißliebiger“ Journalist (vom Schwarzwälder Boten) wurde von der Nachrichtenübermittlung weitge-



hend ausgeschlossen.

Und ein drittes Problem kam hinzu: Der Gemeinderat musste oft über Sachverhalte abstimmen, die ihm nur oberflächlich bekannt waren. Die Bitte nach genauerer Vorinformation - heute im Gemeinderat selbstverständlich - wurde mit dem Hinweis auf den möglichen Bruch der Schweigepflicht immer wieder abgelehnt. Die immer dringlicheren Aufforderungen der SPD, in immer deutlicheren Worten vorgetragen, führten zu immer schärferen Ablehnungen und zu einem immer schlechteren Klima im Gemeinderat. Es ging so weit, dass beispielsweise ein - schon provokanter - Antrag der SPD-Fraktion, „der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bürgermeister sich an die Gemeindeordnung zu halten habe“, mit den Stimmen der CDU abgelehnt wurde. Aber auch in der CDU regte sich Widerstand gegen die Konfrontationspolitik von Bürgermeister und CDU-Fraktion, was Berichte über CDU-Versammlungen und die spätere Abwahl des Bürgermeisters deutlich erkennen lassen.

Der sehr klare politische Kurs der SPD-Gemeinderatsfraktion wurde vom Bürger honoriert: Bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1965 kam die SPD bis auf 6 % an die CDU heran, die Sozialdemokraten hatten ab 1965 ebenso viele Mandate wie die CDU, nämlich 8, die FDP kam auf 4 Sitze. Mitglieder der SPD-Fraktion waren Willy Senger (Vorsitzender), Max Eisele, Manfred Eppel, Otto Gast, Martin Lerschmacher, Hans Noack, Ludwig Utz und Kuno Wittmann. Am 2. Mai 1967 rückte Karl Hönle für den verstorbenen Martin Lerschmacher in den Gemeinderat nach.

Bei der Gemeinderatswahl 1968 konnte die SPD ihre Stimmenzahl und die Anzahl der Mandate behaupten, während der Stimmenanteil der CDU auf 40,5 % zurückging. Hans Noack wurde wieder mit der höchsten Stimmenzahl (3526) gewählt. Neu in den Stadtrat kam für die SPD der 29jährige Studienassessor Schell, der in den nächsten Jahren im Ortsverein, im Gemeinderat und im Kreistag in führender Position tätig war. 1970 rückte für den krankheitshalber ausgeschiedenen Willy Senger Karl Böhringer in den Gemeinderat nach.

Im Juni 66 war der Ortsvereinsvorstand umgebildet worden. Das Amt des 1. Vorsitzenden hatte Fritz Reuter übernommen, sein Stellver-

treter wurde Manfred Eppel. Die weiteren Ämter wurden besetzt durch Heinz Grintjes, Kassierer, Rudi Bille, Schriftführer, Hans Noack, Elmar Noll und Isolde Link (Beisitzer). Dieser Vorstand wurde am 17. Juni 1967 für 2 Jahre im Amt bestätigt, nur das Amt des Schriftführers wurde mit dem Architekten Eckart Rothweiler neu besetzt, der ab 1968 als Nachfolger von Hans Noack auch als Juso-Vorsitzender amtierte.

Die Diskussion in der Donaueschinger SPD drehte sich in dieser Zeit nicht nur um die Stadtpolitik, sondern auch um die Ereignisse in Bonn. 1966 war - unter dem Bundeskanzler Kiesinger - eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD gegründet worden, was in den Reihen der Donaueschinger Sozialdemokraten mit viel Skepsis aufgenommen wurde. Bei einer Versammlung des SPD-Ortsvereins am 2.6.68 wurde dies durch eine Resolution gegen eine große Koalition mit der CDU unterstrichen - was aber besonders von den älteren SPD-Mitgliedern kritisiert wurde.

1969 und 1970 wurde die Auseinandersetzung zwischen Bürgermeister und SPD-Fraktion, und besonders mit deren Vorsitzendem Noack, noch heftiger. Zur Problematik der Informationsverbesserung kamen zwei Punkte hinzu: die Diskussion über die Auflösung des Landkreises Donaueschingen und die Wahl eines Bürgermeisterstellvertreters. Der Bürgermeister widersetzte sich dem Gemeinderat, der - wie es die interne Ordnung vorsah - den SPD-Vorschlag Hans Noack zum ersten Bürgermeisterstellvertreter gemacht hätte.

Die Wahl musste auf Drängen des Bürgermeisters wiederholt werden - schließlich entschied sogar das Los: Hans Noack wurde gewählt!

### **Ein neuer Mann: Rüdiger Schell**

Hinzu kamen Vorwürfe des Bürgermeisters, die SPD-Kreisräte Noack und Wittmann hätten die Position des Kreises geschwächt, weil sie der Kreisreform zugestimmt hätten: eine „Hexenjagd“, wie der seit 1970 amtierende SPD-Ortsvereinsvorsitzende Rüdiger Schell befand. Weitere Streitpunkte kamen hinzu, es gab Prozesse bis vor das Landgericht Konstanz und auch persönliche Diffamierungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Noack. Dieser zog am 29. März

1971 die Konsequenzen und trat zurück. Da die Entlassung aus dem Gemeinderat nur unter bestimmten Bedingungen möglich war, trat Noack auch aus der SPD aus, was als Rücktrittsgrund vom Amt des Gemeinderates akzeptiert werden musste - Hans Noack wurde später wieder Mitglied der SPD in Hüfingen. Nachfolger Noacks als SPD-Fraktionsvorsitzender wurde Manfred Eppel, Nachrücker im Gemeinderat wurde Eckart Rothweiler.

Auch im Ortsverein hatten sich Änderungen ergeben: Nachfolger von Fritz Reuter war am 12. Oktober 1970 Rüdiger Schell geworden, sein Stellvertreter wurde Eckart Rothweiler. Bei der Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1971 erreichte die SPD das beste Nachkriegsergebnis, nämlich 38,8%. Damit hatte man die Stärke der CDU fast erreicht, die auf 40,7% kam. Neu in den Gemeinderat kamen für die SPD Volker Schmitt und Annemarie Wulfgramm, wiedergewählt (nach dem rollierenden System) wurden Manfred Eppel und Max Eisele. Die SPD und die CDU blieben gleich stark mit je 8 Sitzen, die FDP hatte weiterhin 4.

Am 28. September 1972 wurde Rüdiger Schell auf weitere zwei Jahre zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt, 2. Vorsitzender wurde Klaus Senger. Die weiteren Ämter: Horst Fischer (Schriftführer) Horst Trippel (Kassierer), Annemarie Wulfgramm, Jürgen Schropp und Andreas Hausner (Beisitzer). Dieser Vorstand hatte die Aufgabe, in Donaueschingen die wichtige Bundestagswahl von 1972 zu organisieren, die „Willy-Wahl“, wie man sie später nannte, die von Willy Brandt und der SPD deutlich gewonnen wurde.

Eine andere wichtige Aufgabe war die Neuwahl des Donaueschinger Bürgermeisters. Dass die SPD den Amtsinhaber Schrempp nach den Auseinandersetzungen der letzten Jahre nicht mehr unterstützen konnte, war jedem klar. So stellte die SPD einen eigenen Bewerber auf, den St. Märgener Bürgermeister Kurt Hartwich.

Aber auch in der CDU rumorte es, man sah sich auch dort nach einem neuen Bürgermeister-Kandidaten um. Nach einer harten Wahlausinandersetzung, die eine Zerreißprobe für die CDU mit sich brachte (ein Teil dieser Partei hatte den alten Bürgermeister Schrempp unterstützt), setzte sich deren Kandidat Dr. Everke durch.



Willy Brandt bei einer Wahlveranstaltung am 01.04.1976 in Donaueschingen  
Bild: Peter Michalik

## Die Entwicklung bis heute

Befragt man Zeitzeugen und bis heute engagierte Donaueschinger Sozialdemokraten, so werden zwei wesentliche Entwicklungen genannt, die das städtische politische Leben veränderten: Hatten die Jahre bis ca. 1973 zu einer starken Konfrontation in der Stadt und der Gemeindepolitik geführt, so änderte sich die Zusammenarbeit im Gemeinderat – trotz mancher Auseinandersetzungen mit dem neuen Bürgermeister Dr. Everke – insgesamt zum Positiven, da es keine absoluten Mehrheiten mehr gab. Neben heftigen Auseinandersetzungen, etwa um eine Landesgartenschau in Donaueschingen oder wegen der Pläne zum Ausbau des Flugplatzes, kam es zu stärkerer Zusammenarbeit der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen. Viele Beschlüsse des Gemeinderates sind letztendlich aufgrund von gemeinsamen Überlegungen und Diskussionen entstanden; das gilt bis heute, auch mit dem neuen Oberbürgermeister Frei. Der Sachverstand und die Ideen der SPD-Fraktion und des Ortsvereins lassen sich z.B. beim Schulausbau, beim Neubau der Donauhallen, bei vielen Kunstereignissen oder bei der Neuorganisation des Reitturniers erkennen. Wolfgang Karrer, der längjährige Ortsvereinsvorsitzende und seit 1993 amtierende SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat betont, dass dies auch weiterhin so bleiben sollte, besonderes Augenmerk gelte der Schulentwicklung, der Verkehrsführung in der Innenstadt und der Stadtgestaltung insgesamt. So war es ein Antrag der SPD-Fraktion, welcher den Startschuss für die derzeitige Sanierung der Donauquelle und der Neugestaltung des Bereiches um die Stadtkirche gab.

Die zweite wichtige Änderung betrifft neue Zuständigkeiten und die neue Kreisaufteilung – aus dem Kreis Donaueschingen wurde ein Teil des „Schwarzwald-Baar-Kreises“. Auch im Kreistag spielte die SPD eine gewichtige Rolle, auch hier mussten wegen der fehlenden absoluten Mehrheit einer Fraktion alle Parteien zusammenarbeiten, besonders seitdem mit Landrat Heim ein nicht parteigebundener Kandidat gewählt worden war. Der längjährige SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Rüdiger Schell, sieht z.B. den Ringzug, die gut funktionierende Müllentsorgung und den Neubau des Schwarzwald-Baar-Klinikums als gelungen an, überall seien auch die Anregungen und Ideen der SPD-Fraktion mit eingebracht.

## Vorsitzende des SPD-Ortsvereins seit 1946:

1946 Fritz Fischer  
1950 Emil Greiner  
1951 Erwin Grund  
1955 Hans Mollin  
1957 Willy Senger  
1962 Alfred Radtke  
1962 Willy Senger (kommissarisch)  
1963 Hans Noack  
1966 Fritz Reuter  
1970 Rüdiger Schell  
1975 Franz-Josef Hinse  
1977 Horst Fischer  
1985 Wolfgang Karrer  
1995 Sigrid Zwetschke  
1999 Uwe Becker  
2002 Renate Chudziak  
2006 Bernd Heinowski  
2010 Wolfgang Karrer

## Die Donaueschinger SPD wird derzeit repräsentiert durch:

### Vorstand des SPD-Ortsvereins:

1. Vorsitzender: Wolfgang Karrer,  
2. Vorsitzender: Christian Sterneker  
Schriftführer: Rainer Reichart,  
Kassierer: Heinrich Schöndienst  
Beisitzer:  
Willi Hönle  
Susanne Kögler  
Fahim Maqsudi  
Anita Reinbolz

### Gemeinderatsfraktion:

Fraktionssprecher: Wolfgang Karrer,  
stellvertretender Fraktionssprecher:  
Peter J.Rögele  
Oberbürgermeisterstellvertreterin:  
Sigrid Zwetschke  
Nicole Schmied  
Gottfried Vetter

### Ortsvorsteher:

Gottfried Vetter in Pfohren  
Dr. Hans-Günther Buller in Grüningen  
Marita Gutenkunst stellvertretende Ortsvorsteherin in Wolterdingen

### Ortschaftsräte in Pfohren:

Roland Fehrenbacher  
Ilse Schneckenburger  
Ferdinand Wolf



Am 8. Juli 1963 berichtete des Südkurier über die Feier des SPD-Ortsvereins Donaueschingen aus Anlass 100 Jahre Sozialdemokratie in Deutschland:

## „SPD stets in kritischer Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit“

Ein Rückblick auf hundert Jahre Parteigeschichte — Feierstunde in Donaueschingen — Leopold Meßmer zum Gedenken

**Donaueschingen** -n. Mit einer Rückschau auf den hundertjährigen Weg und das politische Wirken der Sozialdemokratischen Partei am vergangenen Freitagabend in der Turnhalle des Gymnasiums verband der Kreisverband Donaueschingen der SPD das Gedenken an den prominentesten Mann aus ihren Reihen im Kreis Donaueschingen, Bürgermeister Leopold Meßmer, dessen Todestag sich am 5. Juli zum zehnten Male jährte. Dies gab der Feier auch eine über den Parteirahmen hinausgehende Bedeutung, die sich in der Teilnahme von Vertretern des öffentlichen Lebens äußerte. An ihrer Spitze sah man den Landtagsabgeordneten Fritz Einwald, Immendingen, und den Bürgermeister der Stadt Donaueschingen, Robert Schrempf.

Ein blumengeschmückter Bühnenaufbau für die Stadtkapelle und deren festliche Musik kennzeichneten das Außergewöhnliche der Veranstaltung. Im fast vollbesetzten Saale sah man Mitglieder des Kreistages, Vertreter der Stadt- und Kreisbevölkerung aus allen Parteien, Abordnungen der kommunalpolitischen SPD-Gruppen aus den Kreisgemeinden sowie zahlreiche Mitglieder und Freunde der Partei.

Nach dem festlichen Vorspiel der Stadtkapelle von Sepp Tanzer rezitierte der Vorsitzende der SPD-Ortsgruppe Donaueschingen, Stadtrat Hans Noack, die Präambel des Grundsatzprogrammes der SPD. Dann richtete Kreisvorsitzender Kurt Matt, Immendingen, Grußworte an die Familienmitglieder des verstorbenen Bürgermeisters Meßmer und an die Versammlung und übermittelte die Grüße von Landrat Dr. Lienhart im Namen der Kreisverwaltung und des Kreistages.

Arbeitsminister a. D. E. Hohlwegler entwarf in besonders eindrucksvoller Art ein Lebens- und Charakterbild von Leopold

*S.K. 8.7.1963*

Meßmer, mit dem er weite Strecken des politischen Weges gemeinsam ging seit dem Anfang der zwanziger Jahre. Er sprach von den weitreichenden Beziehungen Leopold Meßmers zu den Spitzenvertretern der SPD, von den Kontakten, die er während der Zeit des Dritten Reiches mit ihnen hatte, aber auch von seinem freundschaftlichen Verhältnis zum damaligen Stadtpfarrer Dr. Feurstein, einer Beziehung zwischen aufrechten Männern verschiedener Anschauungen, die sich gegenseitig Achtung bezeugt hätten. Landtagsabgeordneter Hohlwegler schilderte dann vor allem die schwierige Arbeit, die der Verstorbene übernahm, als er sich bereit erklärte, die Leitung der Stadt Donaueschingen in der Zeit schwerster Bombenzerstörung, unter einschneidenden Maßnahmen der Besatzung und im Zeichen totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu übernehmen. Er habe sich mit sozialem Verantwortungsbewußtsein, mit Energie und zähem Fleiß für seine Heimatstadt ins Zeug gelegt bis zum letzten Atemzuge. Auch vom Kreisrat aus habe er in vielseitiger Weise für Stadt und Kreis wirken können. Er habe sich bemüht um die Wiedereingangssetzung des gemeindlichen Lebens und seiner Versorgungseinrichtungen, er habe die Wiederherstellung der zerstörten Brücken in die Wege geleitet, habe sich die Wiederbelebung und Verstärkung des wirtschaftlichen Lebens angelegen sein lassen und sich für die Erneuerung des kulturellen Lebens eingesetzt. Unter seiner starken Förderung hätten die Donaueschinger Musiktage wieder aufgelebt und von ihm sei die Volkshochschule Donaueschingen

ins Leben gerufen worden. Man möchte nur wünschen, so sagte Abgeordneter Hohlwegler, daß es viele solcher markanten Bürger mit eigenem Denken und Verantwortungsgefühl gibt, die auch den Andersdenkenden achten, wenn er seine Meinung ehrlich vertritt. Er schloß mit einem besonderen Dank an den Verstorbenen dafür, „daß er uns nach 1945 geholfen und daß er während der Zeit der NS-Herrschaft unverbrüchlich zu uns allen gestanden hat.“

Nach einem musikalischen Zwischenspiel zeichnete der Vizepräsident des deutschen Bundestages, Erwin Schoettle, den hundertjährigen Weg der Sozialdemokratischen Partei und ihren Einfluß auf die deutsche Geschichte in diesen hundert Jahren.

Der Redner schilderte die Anfänge der Partei, die geistigen Ursachen ihrer Entstehung, ihr Leitmotiv, „die Menschen zum Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Lage zu bringen und zum Handeln zu bestimmen“ und die lange Zeit ihrer Verfolgung, Unterdrückung und Verfemung, in der sie zu einem revolutionären Element geworden sei. Aber in dem Maße, in dem sie gewachsen und in die Funktionen des öffentlichen Lebens hineingewachsen sei, die man ihr nicht vorenthalten konnte, habe sich auch ihre Haltung zu den praktischen Aufgaben der Politik verändert. Die ganze Geschichte der SPD sei eine ständige Auseinandersetzung mit sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Situationen gewesen. Erwin Schoettle, ging in seiner Rede diesem in steter Selbstkontrolle sich vollziehenden Wandlungsprozeß mit seiner Anpassung an die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation nach und bezeichnete ihn als eine ständige kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Der angebliche Marxismus der SPD habe sich dabei zur Wirklichkeit der Sozialdemokratischen Existenz in krassem Mißverhältnis befunden. „Wir verleugnen niemand“, so

Herausgeber: SPD-Ortsverein Donaueschingen

aus Anlass der Feier

150 Jahre Sozialdemokratie in Deutschland

120 Jahre Sozialdemokratie in Donaueschingen

am 13.06.2013

[www.SPD-Donaueschingen.de](http://www.SPD-Donaueschingen.de)